

info 11 21

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Nov/Dez 2021

Die Außen- und Sicherheitspolitik nach der Bundestagswahl

*„Der Kapitalismus trägt den Krieg
in sich wie die Wolke den Regen.“*

*Jean Jaures**

Man darf in dieser Berliner Republik über so manches unterschiedlicher Auffassung sein, deshalb gibt es ja auch Parteien, die mehr oder weniger unterschiedliche Interessen bedienen. Damit ist aber nicht die Außen- und Sicherheitspolitik gemeint. Parteien, die sich an einer Bundesregierung beteiligen wollen, müssen im Vorfeld ein Bekenntnis zur NATO, also zu dem militärischen Bündnis abgeben, das vom kalten Krieg übrig blieb. Gelegentlich ist auch von der Zustimmung zur westlichen Wertegemeinschaft die Rede. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Regierungsbe-

teilung möglich. Noch in der Spiegel-Ausgabe vom 18. September, kurz vor der Wahl, wurde eine umfragebasierte sog. rot-grün-rote Koalition für denkbar gehalten. Es hieß da: „Zuletzt ergab sich in mehreren Umfragen eine Mehrheit für eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken, wobei sich Sozialdemokraten und Grüne von dieser Option distanzieren, sie aber auch nicht explizit ausschließen. Als heikelster Knackpunkt für eine Koalition gilt die Außen- und Sicherheitspolitik.“ Dabei war die Linke die einzige Partei, die von Anfang an gegen die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan stimmte

und mit ihrer Einschätzung richtig lag. Das Afghanistan-Desaster spielte aber im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Wie war das möglich? Lag es nicht für alle sichtbar auf der Hand, dass die Bundeswehr in einen Krieg geschickt wurde, der nicht zu gewinnen war? Tatsächlich gelang es Medien und bürgerlichem Politikbetrieb das Thema zu drehen, indem sie ein neues Fass aufmachten. Jetzt sollten sich nicht mehr die Befürworter der Afghanistan-Einsätze der Bundeswehr für ihre Fehleinschätzungen rechtfertigen müssen. Da sich die Abgeordneten der Linken mehrheitlich bei der Abstim-

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf agi-dorfen.org/info heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per Email an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

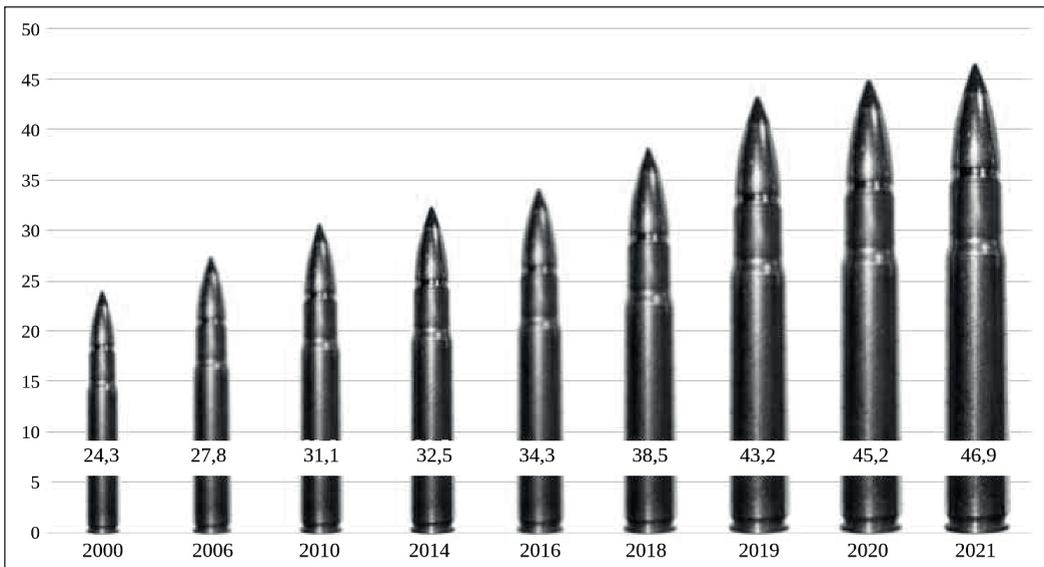
mung über das Mandat zur Rückholung der sog. Ortskräfte aus nachvollziehbaren Gründen enthalten hatten, wurden ihnen moralische Defizite unterstellt. Kann man mit solchen Leuten eine Regierung bilden, die „unsere“ afghanischen Hiwis im Stich lassen wollten? Nun ja, die Wahl ist vorbei. Das desaströse Wahlergebnis der Linkspartei hat die Debatte um ein mögliches Mitte-Links-Bündnis beendet. Olaf Scholz von der SPD ergriff die Gelegenheit, das Erbe von Angela Merkel anzutreten und zusammen mit den Grünen und der FDP eine Koalition der Mitte ins Auge zu fassen. Bei den Sondierungsgesprächen war der Bereich Sicherheits- und Außenpolitik kein Knackpunkt. Wurde überhaupt darüber gesprochen?

Unterschiede nur in Nuancen

Beate Landefeld schrieb in den „Marxistische Blätter (4/21)“ noch vor der Wahl: „Unterschiede in den Inhalten sind nur in Nuancen erkennbar. In der Außenpolitik sind CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD für die Stärkung der NATO, d.h. für weitere Aufrüstung inklusive Großprojekte wie das FCAS (auf deutsch: Zukünftiges Luftkampfsystem). CDU/CSU und FDP pochen auf formelles Einhalten des Zwei-Prozent-Ziels der NATO. Die Grünen wollen vom Bedarf

der Bundeswehr ausgehen. Die SPD will Ausgaben für Entwicklungshilfe mitrechnen und parallel über Abrüstung verhandeln. CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD wollen die EU als Vehikel deutscher Weltpolitik handlungsfähiger machen. Sie soll auf Augenhöhe mit den USA agieren. Russland und China sind zu Feindbildern erklärt. Imperialistische Aggression, Einmischung, Wirtschaftssanktionen im Namen „westlicher Werte“ sind Teil der Weltmächtausstattung der EU. Die Grünen tun sich als „Wert imperialisten“ besonders hervor. Als einzige lehnen sie zudem Nordstream 2 ab.“

Aber letzteres sollte man nicht zu ernst nehmen. Daran wird die Truppe von Baerbock, Habeck und Co. die Koalitionsverhandlungen nicht scheitern lassen. Die hier genannten fünf Parteien dokumentierten ihre außenpolitischen Übereinstimmungen im jeweiligen Wahlprogramm und in den öffentlichen Auftritten ihres Führungspersonals. Bei einer SPD geführten Regierung, in der Olaf Scholz als Kanzler die Richtlinienkompetenz hat, ist davon auszugehen, dass in Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik nur marginale Unterschiede - wenn überhaupt - zu christsozialen Vorstellungen bestehen. Die Neue Züricher Zeitung (NZZ), eines der rechtskonservativen deutsch-



Deutsche Rüstungshaushalte von 2000 bis heute in Milliardenbeträgen, inkl. Corona-Hilfen

Grafik: IMI Tübingen

sprachigen Leitmedien, beauftragte kurz nach der Wahl Martin Klingst, die außenpolitische Agenda von Olaf Scholz zu thematisieren. Martin Klingst ist Senior Expert & Nonresident Author bei der Atlantik-Brücke, einer 1952 gegründeten Vereinigung von rund 500 Mitgliedern, die aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantiks berufen werden. „Wie Merkel will auch Scholz die deutschen Verteidigungsausgaben weiter steigern, allerdings, wie er weich formuliert: stets im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Bundeshaushalt – und nicht starr ausgerichtet an dem einst in der Nato vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel. Und anders als die Linken in seiner Partei ist er auch für die Anschaffung bewaffneter

Drohnen. In der FDP und bei den Realos unter den Grünen bekäme er dafür Unterstützung.“ Die Kolumne war überschrieben mit „Kontinuität mit Akzenten – Scholz‘ außenpolitische Agenda“. Was übrigens die Beschaffung bewaffneter Drohnen betrifft, ist die SPD in einem kreativen Selbstfindungsprozess, der – und das dürfte niemand überraschen – demnächst mit einem positiven Votum abgeschlossen sein wird. Es dauert halt bei der SPD wegen einiger Bedenkensträger etwas länger. Bei CDU und CSU ging’s schneller, aber die haben gerade ganz andere Probleme.

Bundeswehr der Zukunft

Wenn, wie bereits in großer Euphorie angekündigt, am Nikolaustag die neue Regierung

steht (oder auch nicht), wird die Verteidigungsministerin eine strategische Neuausrichtung der Bundeswehr vorfinden. Bereits am 18.Mai 2021 legten Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Generalinspekteur der Bundeswehr, der Heeresgeneral Eberhard Zorn „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ vor. Den Eckpunkten ist zu entnehmen, dass die Bundeswehr die Führung im Bereich der Bündnisverteidigung in Europa übernehmen soll. „Würde im Falle eines Wechsels die neue Spitze des Ministeriums zentrale Strukturveränderungen oder Vorschläge grundlegend zurückweisen, würden sich relevante Teile der Truppe schnell gegen den/die neue Minister*in stellen“, schreibt Martin Kirsch in „Bundeswehr der

In der Reihe *Der politische Film* zeigt das Forum Links im Taufkirchener Kino eine Doku von Klaus Stanjek:

11.11.21

Rote Räte

Im Jahr 1918 setzte sich in Bayern eine unblutige Revolution durch. Nach dem Sturz der Kaiserherrschaft entstand ein regelrechtes politisches Labor mit basisdemokratischen und sozialistischen Experimenten. 60 Jahre später schildern Augenzeugen, wie sie damals die Münchener Räterepublik erlebten, darunter auch Augustin Souchy, anarchistischer Schriftsteller und Freund von Gustav Landauer, Kurt Eisner und Erich Mühsam. Nächster polit. Film: 9.12.

► forum-links.org/
der-politische-film

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**



ROTE HILFE
Ortsgruppe Landshut
landshut@rote-hilfe.de

Zukunft“. Ausgangspunkt für die neue Strategie ist eine Einschätzung, die von folgenden Annahmen ausgeht: Man habe es mit einer „massive(n) russische(n) Aufrüstung“ und einer „zunehmend aggressiv ausgreifende(n) Machtpolitik Chinas“ zu tun. Das hat zwar wenig mit der Realität zu tun, aber ohne ein Feindbild kann man horrende Rüstungskosten gegenüber der eigenen Bevölkerung nur schwer erklären. Wer das Eckpunktepapier genau liest, stößt auf folgende Aussage: „Konflikte werden künftig über alle Dimensionen (...) hinweg geführt und entschieden, mit einem schnellen Wechsel des Schwerpunktes und dabei häufig mit hybriden Maßnahmen an der Schnittstelle Frieden-Krise-Krieg gezielt überlagert und verschleiert.“ Ein Satz, den man auf Anhieb nicht verstehen muss. Martin Kirsch interpretiert ihn so: „Friedenszeiten sind in dieser Denke quasi ausgeschlossen, weil es permanent vonnöten sei, die feindlichen Systeme auszuspähen und zu testen. Sei es durch verdeckte Cyberangriffe, durch Überflüge von Kampf- und Aufklärungsflugzeugen entlang der gegnerischen Linien oder das Kreuzen von Schiffen durch Seegebiete, die vom Gegner als eigenes Territorium angesehen werden.“ Das erinnert doch sehr an Provokationen entlang der chinesischen Grenze, vor allem in der

Taiwanstraße. Zu ergänzen wären noch Großmanöver, die gefährlich nah an der russischen Grenze abgehalten werden. Man könnte es auch so auf den Punkt bringen: Die starre Trennung von Friedens- und Kriegszeiten wird aufgehoben. Die neue Realität ist der „lauwarme Krieg“ wie es Brigadegeneral Frank Leidenberger schon 2018 formulierte. Ein Zustand der fließend in einen heißen übergehen kann. So ist es auch nur folgerichtig, wenn ein Nationaler Sicherheitsrat gefordert wird, eine Art Kriegskabinett. Es muss ja alles sehr schnell gehen, da wäre das Parlament nur hinderlich. Wen kümmert da noch das Gerede von der sog. Parlamentsarmee? Diese Entwicklungen gehen an der Öffentlichkeit komplett vorbei. Sie spielten im Wahlkampf keine Rolle.

Keine der Parteien, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, werden an der vorgegebenen sicherheitspolitischen Konzeption etwas ändern wollen oder können. Man mag von Olaf Scholz halten, was man will, aber in sicherheitspolitischen Fragen hat er frühzeitig im Bundestag klare Kante gezeigt: „Und für mich bedeutet das auch, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen auch gut gewährleisten können. Deshalb bin ich froh, dass in dieser Legislaturperiode die

schlechte Zeit für die Bundeswehr, die begonnen hat bei der schwarz-gelben Koalition -es tut mir leid das sagen zu müssen – endlich zu Ende gegangen ist. Dass der Bundeswehrhaushalt die größte Steigerung in den letzten Jahren gekriegt hat. Das war richtig so und diesen Weg werden wir weiter beschreiten.“ Und Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen und voraussichtliche Ministerin im Kabinett Scholz, machte rechtzeitig den Kotau, indem sie eingestand: „Wir müssen uns da ehrlich machen. Ja, in manchen Bereichen muss man mehr investieren, damit Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren.“ Eine bemerkenswerte Aussage der Frontfrau einer Partei, die einmal einen pazifistischen Anspruch hatte. Mit Äußerungen dieser Art wird man schnell mal z.B. Verteidigungsministerin. Damit bezogen sich Scholz und Baerbock sicher auch auf die großen Projekte der militärischen Aufrüstung, die in Planung sind, wie etwa FCAS.

FCAS, das strategische Projekt einer europäischen Luftwaffe

FCAS ist die Abkürzung für „Future Combat Air System“, was auf deutsch soviel heißt wie Zukünftiges Luftkampfsystem. Es handelt sich um ein integriertes System, das

Mehrzweckkampfflugzeuge der neuen, nunmehr sechsten Generation, Drohnen, Satelliten, Kommando- und Kontrollflugzeuge aufeinander abstimmt. Entwickelt wird das System vor allem von französischen und deutschen Rüstungskonzernen. Weitere europäische Staaten wie Spanien und Belgien sind eher am Rande beteiligt. Das System wird in Konkurrenz zur US-Rüstungsindustrie entwickelt und soll 2040 einsatzfähig sein. Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz bezeichnete das Projekt als „das größte europäische Rüstungsprojekt überhaupt“ und es sei für ihn „ein Ausdruck der europäischen Souveränität“. Es gilt auch als wichtiger Schritt zur Automatisierung des Krieges mittels Künstlicher Intelligenz.

Es wird niemand überraschen, dass ein derart langfristiges und groß dimensioniertes Unterfangen den Verteidigungshaushalt sprengen würde. Von dreistelligem Milliarden Bereich soll die Rede sein. Reinhard Brandl, CSU-MdB aus Ingolstadt und Mitglied im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss, wünscht sich, und da dürfte er bei Olaf Scholz offene Türen einrennen: „Für mich wär's wichtig, dieses Projekt aus der reinen Finanzierungsverantwortung der Bundeswehr herauszunehmen und die ganzen Forschungs- und

Entwicklungsaufgaben über einen anderen Topf zu finanzieren.“ Es war schon immer gängige Praxis, Teile von Rüstungsprojekten unter anderen Haushaltstiteln zu verstecken. Nicht zufällig erhielt die Fraktion Die Linke unlängst auf eine parlamentarische Anfrage zu Rüstungsbeschaffungen in der 19. Legislaturperiode keine zahlenbasierte Antwort.

Eigentlich wäre jetzt nach dem Fiasko des Afghanistankrieges, der lange Zeit kein Krieg sein sollte, ein gründliches Nachdenken angebracht. Es wäre auch eine gute Gelegenheit zum Umdenken. Aber das wird nicht passieren. Der französische Sozialist Jean Jaurès hat es zeitlos so formuliert: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Krieg um Rohstoffe und Ressourcen, Krieg um Marktöffnung und Privatisierung und Krieg als Wirtschaftszweig. Darum geht es. Dafür halten sich imperialistische Staaten bewaffnete Truppen auf dem neuesten Stand der Militärtechnik.

Mit Abrüstung sind die Kriege nicht zu führen, schon deshalb wäre eine Beteiligung der Linkspartei aktuell an einer Bundesregierung nicht möglich gewesen. Darüber vor der Wahl Illusionen zu verbreiten, konnte und kann nicht zielführend sein, sofern man das eigene

Programm ernst nimmt. Im Wahlprogramm der Linkspartei hieß es: „Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation, statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.“ Dieser Paradigmenwechsel, so sehr man ihn sich wünschen würde, ist mit SPD, Grünen und FDP auf absehbare Zeit nicht möglich. Die wissen um ihre Rolle. Der Eintrittspreis in eine Regierung ist, wie bereits erwähnt, ein Ja zur NATO mit allen Implikationen. Das wurde bei den Wahldiskussionen zu sicherheitspolitischen und außenpolitischen Themen unisono betont. Es wurde und wird auch von den relevanten Medien im Land eingefordert. In Punkt 10 des Sondierungspapiers der drei Parteien, überschrieben mit „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“, heißt es: „Das transatlantische Bündnis ist ..zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit.“ Dass es der letzte Punkt im Papier ist, hat bei einigen Unionspolitiker Schnappatmung hervorgerufen.

Es ist wieder, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, die Rede von Systemkonkurrenz. Der Systemwettbewerb soll geführt werden mit „autoritären Staaten und Diktaturen“. Dass damit in erster Linie China und Russland gemeint

sind, muss im Papier nicht extra erwähnt werden. Der Afghanistan-Einsatz soll mit „wissenschaftlicher Expertise“ evaluiert werden. Zu welchem Zweck? „Die gewonnenen Erkenntnisse müssen praxisnah und zukunftsgerichtet aufbereitet werden, so dass sie in die Gestaltung zukünftiger deutscher Auslandseinsätze einfließen.“ Will man doch bei den nächsten Kriegseinsätzen erfolgreicher sein. Auf vieles im Sondierungspapier wäre noch hinzuweisen, aber es wird ja absehbar durch eine konkretere Koalitionsvereinbarung abgelöst.

Viele ungelöste Konflikte

Die nächste Regierung übernimmt vorhandene Konflikte. Dazu zählen divergierende Interessen in der EU. Osteuropäische Staaten wie Polen und Ungarn definieren ihre Interessen zunehmend anders, als das der EU-Zentrale lieb ist. Flüchtlinge wollen sie nicht haben. Das Prinzip der Einstimmigkeit bei Beschlüssen erschwert die Handlungsfähigkeit. Das Verhältnis zu Großbritannien ist immer noch nicht gänzlich geklärt. In der EU haben NATO-Mitglieder und neutrale EU-Staaten (Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern) grundsätzliche strategische Differenzen. Josef Biden, der Nachfolger des Herrn Trump, mag im Umgang ver-

bindlicher sein als sein Vorgänger. Er ist aber mit Sicherheit ein knallharter Vertreter von US-Interessen, was sich erst kürzlich im Zusammenhang mit dem Ausstieg Australiens aus dem französischen U-Boot-Geschäft erneut zeigte. Herr Erdogan lässt zum wiederholten Mal die Muskeln spielen. Olaf Scholz wird als nächster Kanzler wie seine Vorgängerin viel damit beschäftigt sein, vorhandene Konflikte zu moderieren. Was das Verhältnis zu China betrifft, wird er zwischen den Interessen deutscher Konzerne und denen der NATO-Scharfmacher (evtl. auch in der eigenen Regierung) zu lavieren haben. Die Gemengelage ist derart kompliziert, dass für große Visionen wenig Raum bleibt. Kürzlich kam noch erschwerend dazu, dass Russland seine Kontakte zur NATO abbrach, nachdem diese mehreren russischen Diplomaten ihre Akkreditierungen entzogen hatten. Der Vorwurf, sie hätten für den Geheimdienst ihres Landes gearbeitet, ist lächerlich. Natürlich haben sie das, genauso wie die Diplomaten der NATO, die in Moskau akkreditiert waren. Es stehen uns frostige Zeiten bevor.

HE

* J. Jaures (1859-1914), Professor für Philosophie in Toulouse, pazifistischer Sozialist, kurz vor dem 1. Weltkrieg von einem Nationalisten ermordet;

SPD contra Volksentscheid

Am 26. September stimmten in Berlin über 1 Million Menschen für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Weil dies 56,4% der abgegebenen Stimmen sind ist damit die neue Berliner Regierung aufgefordert, ein Gesetz zur Enteignung von Immobilienkonzernen mit mehr als 3000 Wohnungen auf den Weg zu bringen und die davon betroffenen ca. 240000 Wohnungen neuen gemeinnützigen Gesellschaften zu übereignen.

Die designierte neue Bürgermeisterin Giffey (SPD) hält jedoch wie ihr Vorgänger und Parteikollege Müller nichts von einer solchen Enteignung. Gutachten über die Umsetzbarkeit des Volksentscheids sollen ihr nun öffentlichkeitswirksame Argumente liefern, warum sie dem Votum der Berliner:innen leider, leider nicht Folge leisten kann. Allerdings müssen da auch die Koalitionspartner mitspielen und das werden wahrscheinlich wieder die Grünen und die Linke sein, weil sich die Berliner SPD-Basis nicht für eine Koalition mit CDU und FDP erwärmen konnte. Aber auch Grüne und sogar die Linke, die den Volksentscheid unterstützte, zeigen sich bisher sehr koalitionswillig und kompromißbereit ...

KPÖ gewinnt in Graz

Auch in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, wurde am 26. September gewählt und zwar der Gemeinderat. Das Ergebnis hat international aufhorchen lassen, denn stärkste Kraft wurde die KPÖ (ja, Kommunistische Partei Österreichs) mit knapp 29% vor der abgestürzten ÖVP mit nur noch knapp 26% und den Grünen mit gut 17%. Über Jahrzehnte hatte die Grazer KPÖ kontinuierlich ihre Basis und Sympathiewerte vergrößert, v.a. durch ihre Wohnungspolitik und ihr soziales Engagement für Mieter:innen und soziale Randgruppen. Jetzt wird es in der 300.000-Einwohner:innen-Stadt vermutlich eine Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ geben und mit der 59-jährigen Elke Kahr eine kommunistische Bürgermeisterin.

Evergrande

ist der größte Immobilienkonzern der Welt mit Sitz in China. Seit Ende der 1990er Jahre baut er 600.000 Wohnungen im Jahr. Aktuell ist Evergrande zusätzlich an der Entwicklung von 1300 großen Immobilienprojekten (Einkaufszentren, Hochhäuser) beteiligt. Es gibt keine große Stadt in China ohne Evergrande-Investments. Neben dem Hauptgeschäft Wohnungsbau

und Immobilienentwicklung ist Evergrande auch im E-Pkw-Sektor engagiert.

Evergrande-Eigentümer ist Xu Jiayin, ein Herr, der noch vor kurzem der reichste Chinese war. Die Berichte über den Aufstieg dieses Mannes und seine Unternehmenskultur ähneln denen von englischen Eisenbahnkönigen im vorletzten oder von US-amerikanischen Öl-Magnaten Anfang des letzten Jahrhunderts. Beispielsweise galt im Evergrande-Konzern die Regel: Ein Manager muss, wenn der Chef anruft, spätestens beim dritten Klingeln des Telefons abgenommen haben, anderenfalls ist eine Strafe von 20.000 Yuan (€ 2600) fällig. Und natürlich hat Herr Xu Jiayin die „längste Jacht der Welt“ (62 Meter).

Doch von 1. Januar bis zum 21.9.2021 ist der Kurs der Evergrande-Aktie um 80 % gefallen. Das Konglomerat steht vor dem Zusammenbruch. Die Außenstände liegen bei rund 300 Mrd. US-Dollar. 1,2 Millionen Chinesen warten auf „ihre“ Evergrande-Wohnung, die sie aber möglicherweise nie erhalten werden (sie haben die Wohnung meist zum größten Teil bereits bezahlt). Wird China Evergrande retten oder an ihm, wie 2008 die US-Regierung mit Lehmann Brothers, ein Exempel statuieren?
Quelle: ► [lunapark21.net](https://www.lunapark21.net)

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

1.11.21 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Online

5.11.21 | 19:00

Gesellschaftskritik in der Pandemie – Eine Diskussion zwischen Thomas Ebermann und Wolfgang Hien
Ort: München, Augustiner-Bürgerheim

5.-7.11.21

Linke Literaturmesse

Lesungen | Diskussionen | Buchvorstellungen | Verkaufsmesse | Eintritt frei
Ort: Nürnberg, Kulturwerkstatt auf AEG

► linke-literaturmesse.de

8.11.21 | 20:00

Forum Links

Monatl. Treffen für Linke
(jeden 1. Montag im Monat)

► forum-links.org

11.11.21 | 19:00

Antonio Gramsci – „Die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig machen“ - Vortrag von Lia Becker

Ort: München, EineWeltHaus

11.11.21 | 20:00

Der politische Film: Rote Räte

Ort: Taufkirchen, Kinocafé

15.11.21 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

16.11.21 | 19:30

Treffen Geschichtswerkstatt Dorfen

Ort: Dorfen/ehem. Soafa

► geschichtswerkstatt-dorfen.de

17.11.21 | 19:00

Bundeswehr der Zukunft – Eckpunkte für den kalten Krieg 2.0

Vortrag von Martin Kirsch, Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI)
Ort: München, EineWeltHaus

22.11.21 | 20:00

Treffen AG International

Ort: Online

29.11.21 | 20 Uhr

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

3.12.-18-12.21 | Ganztägig
Der §218 StGB. „Kollektiver Widerstand – damals und heute“ - Ausstellung

Ort: München, Feierwerk

6.12.21 | 20:00

Forum Links

Monatl. Treffen für Linke
(jeden 1. Montag im Monat)

► forum-links.org

9.12.21 | 20:00

Der politische Film: N.N.

Ort: Taufkirchen, Kinocafé

13.12.21 | 20 Uhr

Treffen AG International

Ort: Online

16.12.21 | 19:00

Antifeminismus in der „Neuen Rechten“

Vortrag von Natascha Strobl, Politikwissenschaftlerin
Ort: Online

20.12.21 | 20 Uhr

Treffen AG International

Ort: Dorfen/Privat

16.11.21 | 19:30

Treffen Geschichtswerkstatt Dorfen

Ort: Dorfen/ehem. Soafa

► geschichtswerkstatt-dorfen.de

3.1.22 | 20 Uhr

Treffen AG International

Ort: Online

10.1.22 | 20:00

Forum Links

Monatl. Treffen für Linke
(jeden 1. Montag im Monat)

► forum-links.org

13.1.22 | 20:00

Der politische Film: N.N.

Ort: Taufkirchen, Kinocafé